

## Sitzungs-Vorlage

|                    |          |            |
|--------------------|----------|------------|
| Amt / Aktenzeichen | Vorlage  | Datum      |
| II/23 /            | 2007/149 | 06.09.2007 |
| öffentlich         |          |            |

| BERATUNGSFOLGE |            |     |                   |      |       |
|----------------|------------|-----|-------------------|------|-------|
| Gremium        | Termin     | EST | Beratungsergebnis |      |       |
|                |            |     | Ja                | Nein | Enth. |
| Gemeinderat    | 18.09.2007 |     |                   |      |       |

**Erhebung von Beiträgen nach § 8 KAG für den Ausbau von Wirtschaftswegen  
- Sachstandsbericht**

### **Beschlussvorschlag:**

Der Sachstandsbericht wird zur Kenntnis genommen.

---

### **Haushaltsrechtliche Auswirkungen:**

Keine

---

### **Gleichstellung:**

Es werden gleichstellungsrelevante Fragen tangiert. ja [ ] nein [ X ]

---

### **Sachdarstellung:**

In § 8 des Kommunalabgabengesetzes NW (KAG) ist geregelt, dass sich die Anlieger von Straßen an deren Verbesserung oder Erneuerung mit einem Kostenbeitrag zu beteiligen haben. Die Kostenbeteiligung gilt **auch** für die dem öffentlichen Verkehr gewidmeten Wirtschaftswegen.

Eine Beteiligung an den Ausbaukosten ist auch möglich für nicht öffentliche, also im Privateigentum stehende oder gemeindliche, nicht dem öffentlichen Verkehr gewidmete Wirtschaftswegen. Eine solche Abrechnung erfolgt jedoch nach § 9 KAG über Einzelsatzungen und ist nicht Gegenstand einer beabsichtigten Satzungsänderung.

Die Straßenbaubeitragssatzung der Gemeinde Ostbevern vom 02. Juni 1997 bedarf hinsichtlich der dem öffentlichen Verkehr gewidmeten Wirtschaftswege einer entsprechenden Ergänzung.

Die Erhebung von Beiträgen für den Ausbau von Wirtschaftswegen wird im Grundsatz sowohl von den Anliegern als auch von den berufsständischen Organisationen der Landwirtschaft akzeptiert. Die in der Mustersatzung des Städte- und Gemeindebundes NRW vorgesehenen Beitragssätze zwischen 50 % und 80 % werden hingegen von den Verbänden der Landwirtschaft kritisch gesehen oder abgelehnt.

Mitte August dieses Jahres hat im „Grünen Zentrum“ in Warendorf eine Konferenz der Bürgermeister des Kreises Warendorf stattgefunden. Hierbei wurde u. a. mit dem Vorsitzenden des Landwirtschaftlichen Kreisverbandes, Herrn Hermann-Josef Schulze-Zumloh, und dem Kreislandwirt, Herrn Karl Werring, die Einführung einer Satzungsregelung diskutiert. Es wurde daraufhin ein weiteres Gespräch vereinbart, zu dem auch Vertreter des Städte- und Gemeindebundes NRW und der Landwirtschaftlichen Dachorganisationen eingeladen werden. Das Gespräch ist für Ende Oktober dieses Jahres vorgesehen.

Weitere Einzelheiten werden in der Sitzung vorgetragen.

---

Bürgermeister

Fachbereichsleiter

Sachbearbeiter

---